Nummer 80

Mit Kurszettel

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 71. Jahrgang Mittwoch, 17. Februar 1926

Die latente Kabinettskrise in Frankreich.

Neue Inflationsbefürchtungen in Frankreich.

Der Pessimismus nimmt zu. — Die Auflösung der Kammer erwartet.

EP **Paris**, 17. Februar.

Der klägliche Verlauf der Finanzdebatte in der Kammer hat im Zusammenhang mit dem Frankensturz in der Presse eine ziemlich pessimistische Stimmung ausgelöst, zumal man auch einen Konflikt mit dem Senat voraussieht. Die „Journée industrielle" sagt mit mathematischer Genauigkeit eine Inflation voraus, wenn der lückenhafte Kammerentwurf nicht so rasch als möglich vollständig und völlig umgewandelt wird. Das „Oeuvre" geht noch weiter und befürchtet eine wahre Panik. Dem „Quotidien" zufolge hat Briand die Absicht, die Kammer aufzulösen Die Zeitung möchte vor diesem Schritt warnen, schreibt aber, daß die Linke in diesem Falle nichts zu befürchten hätte, da die Reaktion bei Neuwahlen schwere Verluste erleiden würde. Auch das „Journal" befürchtet die Auflösung der Kammer.

„Die Rückkehr Tardieus — ein Zeichen der Zeit."

Englische Blätter zur Krise in Frankreich.

London, 17. Februar.

„Times" schreibt in einem Leitartikel zur französischen Krise: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Sturz der Regierung Briands ein wirkliches Verhängnis für Frankreich sein würde. Die Rückkehr Tardieus in die Kammer ist ein Zeichen der Zeit. Die jetzt in Frankreich auf dem Spiel stehenden Fragen sind zu ernst, zu vital, um durch Taktik geregelt zu werden. Frankreich hat, so schließt das Blatt, zu wählen zwischen dem Sozialismus, der stark vom Bolschewismus gefärbt ist, und einer Fortentwicklung auf seinen historischen Grundlagen. „Westminster Gazette" führt in einem „Versailles oder Locarno" überschriebenen Leitartikel aus: Das Vertrauensvotum, das Briand gestern früh erhalten hat, wird niemand über den Ernst der Lage in Frankreich irreführen. Was wird das Ende dieser Komödie sein? Der französische Franken ist wieder im Abstieg begriffen, und es ist kein Zeichen einer Entwicklung zu sehen, die seinen Niedergang aufhalten könnte. Die Wahl Tardieus ist ein Symptom, das nicht außer Acht gelassen werden darf. Niemand kann glauben, daß die Masse des französischen Volkes wünscht, den Geist von Locarno für den von Versailles und den ehrlichen Versuch Briands, das Budget auszugleichen und die französischen Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, für Poincarés Ideal „Deutschland bezahlt" einzutauschen.

Das französische Mandat über Syrien.

Die Drusenabordnung wird in Rom nicht empfangen.

TU **Rom**, 16. Februar.

Die Mandatskommission des Völkerbundes beschäftigte sich heute vormittag mit dem französischen Mandat über Syrien. Sie hat beschlossen, die schon in Rom weilende Drusenabordnung, die beim Völkerbundrat gegen das französische Mandat und wegen der Beschießung Damaskus' schärfsten Einspruch erheben will, nicht zu empfangen, sondern an die Völkerbund-Versammlung zu verweisen. Nach Mitteilung des schweizerischen Vertreters in der Kommission soll jedoch eine inoffizielle Fühlungnahme mit der Drusenabordnung möglich gemacht werden.

Wie die französische Presse das Mandat begründet.

TU **Paris**, 17. Februar.

Ueber die Sitzung der Mandatskommission des Völkerbundes, die sich mit dem französischen Mandat über Syrien zu beschäftigen hat, äußert sich die französische Presse mit einiger Zurückhaltung. „Oeuvre" ist der Ansicht, Frankreich habe wegen der Verwaltung seines Mandats über Syrien keine Vorwürfe zu befürchten. Auf alle Fälle könnte Italien keine Beschuldigungen gegen Frankreich vorbringen. Erst unmittelbar vor der Abberufung des Generals Sarrail hätte sich die ganz ungewohnte Verbindung der Bevölkerung von Damaskus mit den Drusen angebahnt. Das Blatt weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es der Generalstab der syrischen Volkspartei vorgezogen habe, in einem Lande unter englischem Einfluß seinen Sitz aufzuschlagen. Eine gewöhnliche Rechenschaftsablegung genüge nicht. Die Tagung der Mandatskommission müsse zeigen, daß die europäischen Nationen (?) nicht nur in Europa solidarisch seien. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß dieselben Nationen in Asien gegeneinander intrigierten. „Petit Parisien" hält die Zurückweisung der Petition der Drusenabordnung, die in Rom nur eine Bewegung gegen das französische Mandat entfesseln wolle, für einen Erfolg Frankreichs. Die Kommission habe begriffen, daß sie die Schwierigkeiten nicht dadurch vermehren dürfe, daß sie unberechtigte Klagen (!) anhöre. Außerdem habe sich seit einigen Monaten die Lage gebessert. Man brauche nur die französischen Berichte zu lesen (!). Drei Viertel Syriens sei unter das verfassungsmäßige Regime gekommen. Nur die Gebiete von Damaskus und Hauran und das Gebiet der Drusen seien davon ausgenommen.

Das Wettrüsten zur See.

Amerikas Marineluftschiffprogramm.

Washington, 17. Februar.

Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses nahm das auf fünf Jahre berechnete Marineluftschiffbauprogramm an, dessen Kosten sich auf 100 Millionen Dollar belaufen. Das Programm sieht u. a. den Bau zweier Luftschiffe von der dreifachen Größe der „Shenandoah" und den Bau von 1000 Marineflugzeugen vor.

Das Hin und Her um den Ratssitz.

Die Besatzungstruppen als Tauschobjekt für einen polnischen Ratssitz.

TU **London**, 17. Februar.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt zur Frage der Vergrößerung des Völkerbundsrates, daß die letzte Kompromißformel zur Ermöglichung der Verleihung eines ständigen Sitzes an Polen in dem Angebot einer weiteren Verminderung der Rheinlandtruppen bestehe. Der Gedanke eines solchen Tauschgeschäftes würde jedoch in England nicht begünstigt. Außerdem würde das die Aufgabe dauernder Werte gegen provisorische Vorteile bedeuten. Deutschland würde in seiner bevorstehenden Note seinen Standpunkt klarlegen, wie es in gewissen Eventualitäten zu handeln gedenke. Das wäre zu begrüßen, aber die Tatsache der Klärung des englischen Standpunktes und des seiner Dominien wäre vielleicht noch bedeutungsvoller. In ministeriellen Kreisen ist man der gleichen Ansicht, denn man meint dort, daß das englische Reich in Genf eine unzweideutige Sprache führen solle, da die Anwendung der Mehrheitsregel bei Entscheidungen des vergrößerten Völkerbundsrates die englische Entschlußfreiheit bedrohen würde, und England die Möglichkeit verlieren würde, bei einem Disput auf Grund der Tatsachen zu entscheiden. Daraus würden sich schwere Komplikationen bei der Uebernahme der Verantwortlichkeit für Krieg und Frieden ergeben. Das Kabinett sollte, wenn es sich mit der internationalen Krise befaßt, die infolge des Vorschlages auf Erweiterung des Völkerbundsrates entstanden ist, durch den Staatssekretär für die Dominions Amery formell mit den sehr starken Vorstellungen bekannt gemacht werden, die von Südafrika gegen eine derartige Erweiterung des Völkerbundsrates, von der Aufnahme Deutschlands abgesehen, im gegenwärtigen Zeitpunkte erhoben werden. Es verlautet, daß die in dieser Frage von Südafrika übernommene Führung von zwei anderen Dominions gutgeheißen wurde bzw. werden wird, und daß möglicherweise

ein gemeinsamer Schritt aller Dominions

in diesem Sinne unternommen werden wird. Die öffentliche Meinung der Dominions ist, so heißt es in dem Artikel weiter, über diese kontinentale Intrige, die sie für eine Verletzung des Völkerbundsgeistes und des Geistes von Locarno ansieht, ebenso empört wie die Englands selbst.

Die Meinung eines führenden amerikanischen Diplomaten, daß der Völkerbund in Gefahr stehe, in ein lateinisches Syndikat verwandelt zu werden, wird von den Dominions geteilt. Der Korrespondent weist auch auf den skandinavischen Widerstand gegen eine Erweiterung des Rates hin und hält es daher für nicht unwahrscheinlich, daß in Genf in der Märztagung nachdrücklichst dagegen Stellung genommen werden wird, daß vor der regulären Septembertagung des Völkerbundes, von der Aufnahme Deutschlands in den Rat abgesehen, weitere Ernennungen von Ratsmitgliedern stattfinden.

Der gleichen Quelle zufolge hat übrigens gestern der polnische Gesandte im Foreign Office vorgesprochen.

*

Drummonds Besprechungen heute beendet.

— **Sir Eric Drummond**, der heute Berlin wieder verläßt, setzte am Vormittag seine Besprechungen mit Dr. Stresemann fort.

*

TU **London**, 17. Februar.

Die gestrige Unterredung zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond mit maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Regierung ist Gegenstand eines längeren Berichtes des „Times"-Korrespondenten in Berlin. Der Korrespondent hebt in seinem Bericht hervor, daß sich Deutschlands Mißvergnügen nicht nur auf die Paktfrage richtete. Aus Kreisen, die dem Außenminister nahestehen, würde mitgeteilt, daß Deutschland den Standpunkt vertrete, seine Zustimmung zum Eintritt in den Völkerbund setze den Völkerbund in seiner damaligen Verfassung voraus. In Locarno wäre nichts von einer Vermehrung der Völkerbundsratssitze gesprochen worden. Im gegnerischen Lager werde hervorgehoben, daß es gegen den Geist des Völkerbundes verstoße, wenn Deutschland die Frage des Gleichgewichtes der Mächte in einer Körperschaft vorbrächte, die sich in erster Linie mit der Lösung internationaler Probleme auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung zu befassen habe. Darauf gebe Deutschland die Antwort, daß es niemals die Frage des Gleichgewichts der Mächte vorgebracht habe und daß diese Frage zunächst dadurch aufgeworfen würde, daß man voraussetzte, man müsse Deutschlands Einfluß im Völkerbund bekämpfen.

Polnische Völkerbundspolitik.

Ein Glanzstück polnischer Pressehetze.

Mlb. **Warschau**, 17. Februar.

Die sich an die Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien anschließende Hetze der polnischen Presse aller Schattierungen hat jetzt Formen angenommen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Ohne auch nur ein einziges Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, wird frech behauptet, daß der Deutsche Landbund vom Deutschen Reich finanziell zu Zwecken einer Aufstandsvorbereitung unterstützt worden sei. „Kurjer Poranny" erklärt sogar, daß der Volksbund aus Deutschland mindestens ¾ Million Dollar erhalten hätte. Ein besonderes Glanzstück in der allgemeinen Kampagne leistet sich der weitverbreitete Krakauer „Kurjer Codzienny", der u. a. schreibt: „Die politische Polizei in Oberschlesien entdeckte eine riesige Spionage- und Irredentenorganisation, die eine weitverzweigte militärische und politische Spionage zugunsten Deutschlands betrieb und eine bewaffnete Aktion zur Losreißung Oberschlesiens von Polen vorbereitete. Ganz Polnisch-Oberschlesien wurde von einem Netz des Verrats durch die Kreuzspinne umgarnt. Die verschwörerische deutsche Maffia, die ihre Weisungen aus Berlin, Breslau und Beuthen erhielt, suchte mit dem Augenblick des Anschlusses Schlesiens systematisch Unterschlupf unter dem Gebälk des polnischen Staatswesens und legte in den Randgebieten Minen unter die Fundamente, um in einem geeigneten Augenblick eine für den Weltfrieden bedrohliche Explosion hervorzurufen, die bezeugen sollte, daß Schlesien deutsch ist und sich in polnischen Händen nicht entwickeln kann. Wir dürfen in der pazifistischen Zuvorkommenheit nicht danach trachten, die Deutschen mit solchen Geschenken, wie z. B. die kürzliche Nachgiebigkeit in der Optantenfrage für uns zu gewinnen. Ebenso wie die italienische Trikolore niemals aufhören wird, über dem Brenner zu flattern, so wird das Zeichen des weißen Adlers niemals von Schlesien und Pommerellen heruntergeholt werden, es sei denn, daß ganz Europa mit ihm wieder (?) unter den Trümmern begraben wird. Die polnische Regierung muß die abscheuliche Arbeit der oberschlesischen deutschen Brandstifter der ganzen Welt vor Augen führen und sie als einen verbrecherischen Anschlag auf den europäischen Frieden brandmarken. In dem Augenblick, da Deutschland im Völkerbundsrat einen Sitz erhalten soll, organisiert es einen Verrat und legt unter dem Schleier der Nacht das Haus des Nachbarn in Brand."

In Oberschlesien selbst hat jetzt

die Führung wieder der Verband der oberschlesischen Aufständischen

übernommen. In einer Versammlung des Aufständischenverbandes unter Teilnahme fast sämtlicher polnischer oberschlesischen Sejmabgeordneten wurde eine Resolution angenommen, in der eine entschiedene Politik der Regierung gegenüber der deutschen Minderheit und die Ausweisung aller deutschen Reichsangehörigen verlangt wird. Selbstverständlich nahm der polnische Westmarkenverein an der Versammlung gleichfalls teil. Neue Verhaftungen sollen inzwischen bevorstehen, auch im Kreise Pleß erwartet man Festnahmen.

Ein Franzose über die Bedrückung Südtirols.

TU **Paris**, den 17. Februar.

In der „Volonté" geht der französische Sozialist Longuet auf die Tiroler Frage ein Die Lage Tirols, sagt er, habe sich erst mit der Entwicklung des Faschismus wirklich verschlechtert. Mussolini habe nur sehr wenig von dem systematischen Kampf gegen die deutsche Sprache und gegen die deutschen Schulen gesprochen. In den 400 Schulen sei aber in Wirklichkeit der Unterricht in der deutschen Sprache vollkommen untersagt. Alle Lehrstunden würden nur noch italienisch gegeben, das die Kinder nicht verständen. Das ausgezeichnete frühere deutsche Unterrichtssystem, das das Analphabetentum in Tirol vollkommen abgeschwächt hatte, sei durch das italienische System ersetzt worden, unter dem es 40 Prozent Analphabeten gebe. Die unglücklichen Tiroler hätten keine Schulen, keine selbstgewählten Gemeindevertreter und keine Zeitungen mehr, selbst Vorträge über Kunst und Literatur Tirols würden verboten. Es sei vergebens, wenn sich französische Kreise bemühten, ein plumpes Ablenkungsmanöver zu schaffen, in dem sie die Protestbewegung in Oesterreich und in Deutschland als den deutschen Drang nach dem Süden hinstellten Die Protestbewegung mache sich nicht nur in Oesterreich und Deutschland, sondern auch in England, Skandinavien und in Amerika, ja selbst in gewissen französischen Kreisen geltend.

Auch die Tschechoslowakei kann die Wahrheit nicht vertragen.

TU **Prag**, 16. Februar.

Wie hier verlautet, hat der tschechoslowakische Gesandte Krofta im Berliner Auswärtigen Amt wegen der Aeußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten über die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei vorgesprochen. Der Gesandte erhielt von der deutschen Regierung die Versicherung, daß die Aeußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten nicht als ein Akt der deutschen Außenpolitik betrachtet werden könnten. Die deutsche Außenpolitik werde einzig und allein von der Reichsregierung geleitet.

— **Italiens Vorteile aus dem Dawesabkommen.** Nach einer amtlichen Statistik hat Italien im Januar aus dem Dawesabkommen für 2 359 000 Goldmark Lieferungen erhalten. In den ersten fünf Monaten des zweiten Dawesjahres vom 1. September 1925 bis 31. Januar 1926 erhielt Italien insgesamt 23324000 Goldmark.

Reichsbanner-Offensive gegen die Offiziere.

Dieser Tage veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Herrenhaus eine Kundgebung, bei der einer der Propagandaleiter dieser Organisation, der Polizeioffizier Nölle, die Mitteilung machte, daß demnächst ein Republikanischer Offizierbund gegründet würde. Die Linkspresse jubelt dieser Neugründung entgegen, deren Zweck es sein soll, in den Kreisen der Offiziere den parteipolitischen Zielen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Eingang zu verschaffen. Bei der Reichswehr werden die Herren wenig Glück mit solchen Versuchen haben. Unser Heer ist durch die zielbewußte Arbeit seiner Führer immun geworden gegen die Gifte der Parteipolitik. Das dürfte auch den Herren des Reichsbanners bekannt sein. Ihr Bestreben wird sich also einerseits auf die ehemaligen Offiziere und auf die Offiziere der Schutzpolizei richten. Was die Durchdringung der ehemaligen Offiziere mit den Zielen der Reichsbannerpolitik anbetrifft, so hat Herr Nölle offen gesagt, daß gegen den Deutschen Offizierbund, der einseitig politisch orientiert sei, ein Gegengewicht geschaffen werden müsse. Zunächst ist es eine falsche Behauptung, daß der D. O. B. politisch orientiert ist. Er ist in erster Linie eine wirtschaftliche Interessenvertretung und, was die persönliche Einstellung seiner Mitglieder zur Politik anbetrifft, so gilt er bei anderen derartigen Berufsverbänden geradezu als „liberal". Im übrigen glauben wir nicht, daß es viele ehemalige Offiziere gibt, die sich politisch vor den Karren der Herren von Schönaich, Persius und Nölle spannen lassen. Gefährlicher könnte der Versuch bei der Schutzpolizei sein, wo der Republikanische Offizierbund zunächst bestrebt sein wird, Polizeioffiziere, die aus dem Unteroffizierstande hervorgegangen sind, zu sich hinüberzuziehen. Es gibt ja auch innerhalb der Polizeibeamtenschaft vielleicht Mittel, um wenigstens den Versuch zu machen, die Offiziere, die sich etwa der politischen Auffassung eines Heimannsberg nicht anzuschließen vermögen, zu bedrücken und ihnen das Leben zu verbittern. Versuche, die Böcke von den Schafen zu trennen, um vorläufig wenigstens einmal zu sehen, wo „der Feind" steht, sind ja bereits in Berlin mehrfach unternommen, seit der Kommandeur Kaupisch hat gehen müssen. Die Reichsbannerkreise wissen, daß unter dem System Severing innerhalb der Schupo bei derartigen Bestrebungen ihnen jedes Hindernis aus dem Wege geräumt wird. Je unpolitischer die Reichswehr bleibt, um so politischer soll die Schutzpolizei werden. Deshalb dürfte die Aktion und die Gefahr, die die Gründung des Republikanischen Offizierbundes darstellt, sich in erster Beziehung gegen die Offiziere der Schutzpolizei richten.

Ausdrücklich nennen wir diese Gründung eine Gefahr, denn die Offiziere sollen nicht vor die Frage gestellt werden: Republik oder Monarchie? — die Regisseure des Vorstoßes wissen, daß die meisten Offiziere den weißen Stimmzettel abgeben würden, weil es für sie in der heutigen schweren Not des Volkes nur den Dienst am Vaterlande geben kann — sondern sie sollen veranlaßt werden, durch den Beitritt zu der Offiziersfiliale des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold den von den Liebknecht, Luxemburg, Haase, Rosenfeld, Dittmann und Genossen gemachten Umsturz von 1918 als rechtmäßig und alle Konsequenzen dieser Revolution als unabänderlich anzuerkennen. Sie sollen sich die Klassenkampfparole der stärksten Reichsbannerpartei zu eigen machen, sie sollen revolutionär werden. Sie sollen parteipolitisch werden und das Bekenntnis zu dem gegenwärtig in Preußen herrschenden, von der Gnade der Kommunisten lebenden Regime über die Stimme ihres Gewissens stellen, die ihnen befiehlt, dem Staat und dem Vaterlande, nicht einer Partei oder einer parteipolitischen Gruppe, zu dienen.

Man sieht, wie systematisch die Reichsbannerparteien daran arbeiten, um die Gunst der gegenwärtigen Lage in Preußen für sich auszunutzen und die wichtigsten Instrumente des Staates in ihre Hand zu bringen und dann auch festhalten zu können, wenn etwa durch Neuwahlen die jetzige Lage eine Veränderung erführe.

So fliegt denjenigen Schichten des Volkes, die in dem oben gekennzeichneten Umsturz nicht das Heil Deutschlands sehen, ein Fehdehandschuh nach dem anderen ins Gesicht. Leider kann man nicht feststellen, daß das natio-